

Es gilt das gesprochene Wort!

**Rede von Oberbürgermeister Christian Ude
während der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
am 13. Mai 2009 in Bochum**

„Ohne starke Städte kein Weg aus der Krise“

Die sonnigen Konjunkturzeiten unserer letzten Zusammenkunft 2007 in München sind lange vorbei. Was waren das für Zeiten! Was haben wir gelacht! Damals feierten wir, dass die Wirtschaft boomt und dass die Kommunen an diesem Aufschwung auch Anteil haben, weil der Deutsche Bundestag in der Woche unserer Konferenz die Gewerbesteuer nicht nur erhalten, sondern im Zuge der Unternehmenssteuerreform sogar ausgebaut und gefestigt hat. Dafür wurde die Kanzlerin, die ja nicht als Freundin der Gewerbesteuer auf die Welt gekommen war, mit Beifall bedacht. Sie kann ihn heute abermals bekommen für das Versprechen, an der beklatschten Reform auch tapfer festzuhalten.

2008 war ein Rekordjahr

Die Reform brachte Geld in die Kasse, vor allem im vergangenen Jahr 2008, das uns noch lange Zeit in guter Erinnerung bleiben wird. Knapp 41 Milliarden Euro betrug die Einnahmen der deutschen Städte und Gemeinden aus der Gewerbesteuer, 2,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Viele Städte konnten einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen oder sogar Schulden abtragen, selbst in strukturschwachen Regionen wurde nach einer langen Dürrezeit wieder investiert. Dieses fabelhafte Jahr liegt nur wenige Monate zurück, aber die Schilderung klingt doch wie ein Märchen aus besseren Zeiten.

Die Krise ist angekommen

Inzwischen ist die Krise, die seit dem vergangenen Herbst die Öffentlichkeit in Atem hält, aber beispielsweise während des Weihnachtsgeschäfts in unseren Fußgängerzonen noch nicht zu spüren war, auch real in den Kommunen angekommen, nicht nur medial. Nicht nur Finanzdienstleister haben ihre Vorauszahlungen bei der Stadtkämmerei auf Null gestellt, auch Unternehmen anderer Branchen sehen sich zu diesem Schritt gezwungen, vor allem in der Exportwirtschaft, die dramatische Auftragsrückgänge zu verkraften hat. Die Kurzarbeit, mit der viele Unternehmen die nächsten Monate bewältigen wollen, schlägt immer öfter in Arbeitslosigkeit um und trifft dann auch die Kommunen in Gestalt sprunghaft steigender Sozialkosten. Wir rechnen jetzt schon mit Rückgängen der Gewerbesteuer von mehr als 10 Prozent, können aber auch Rückgänge von fast 20 Prozent nicht ausschließen. Selbst wenn man die Zuschüsse des Konjunkturpakets dagegen rechnet, ergibt sich unter dem Strich ein Minus. Und der Anstieg der Sozialkosten bewegt sich in der Größenordnung von 2 Milliarden Euro. Der Überschuss aus 2008 im kommunalen Gesamthaushalt wird sich 2009 in ein Minus von mindestens einer Milliarde Euro verwandeln. Wir rechnen also mit einer dramatischen Verschlechterung des Finanzierungssaldos um mindestens 8 Milliarden. Nach heutigem Kenntnisstand! Es kann auch schlimmer kommen.

Unser Tagungsort Bochum gehört zu den zentralen Orten der Krise. Es ist richtig, hier den Realitäten der Krise, der Sorge um industrielle Strukturen und um die Beschäftigung ganzer Belegschaften zu begegnen und sich diesem Thema zu stellen. „Städtisches Handeln in der Krise“ haben wir als Motto dieses Städtetags 2009 gewählt, und die Öffentlichkeit erwartet mit Recht konkrete Antworten, welche Lehren wir aus der Krise ziehen und wie wir sie überwinden wollen.

Scheitern marktradikaler Rezepte

Dabei sollten wir unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. Gut 15 Jahre lang hat uns der Zeitgeist auf die Anklagebank gesetzt, weil wir angeblich altmodisch und rückständig seien mit unserer „schwerfälligen“ Verwaltung, unseren „langwierigen“ Verfahren, unseren „eigenbrötlerischen“ Betrieben, unseren „altmodischen“ Wohnungsbeständen und „provinziellen“ Sparkassen. Da blies uns ein kalter Wind ins Gesicht. Ein neues Zeitalter wurde verkündet, das durch „Privat vor Staat“ und „Weniger Stadt“ gekennzeichnet sei. Nicht nur Wirtschaftsvertreter und Parlamentarier, Wirtschaftsprofessoren und angeblich dem Gemeinwohl verpflichtete Stiftungen forderten von uns, die Stadt zu verschlanken, obwohl gleichzeitig nach mehr Kinderbetreuung, längeren Öffnungszeiten und mehr Sicherheits- und Reinigungskräften gerufen wurde. Geregelte Verfahren wurden als überflüssiger Ballast verfemt, obwohl wir gleichzeitig jederzeit vor Gericht beweisen können müssen, alle Belange geprüft und alle Interessen sorgfältig abgewogen zu haben. Jeder schriftliche Vorgang wurde als Bürokratie verketzert, obwohl die selbe Öffentlichkeit nach jedem schrecklichen Kinderschicksal Auskunft verlangt, ob das Jugendamt auch jede Beobachtung und jedes Gespräch der letzten Jahre hinreichend dokumentiert und richtig gewürdigt hat. Wir sollten Betriebe veräußern, weil Private angeblich alles besser können und Wohnungen verkaufen, weil sich mit dem Erlös trefflich Schulden reduzieren lassen. Die Sparkassen schließlich wurden verhöhnt, weil sie mit ihrer konservativen Geschäftspolitik die traumhaften Chancen internationaler Finanzspekulation verschlafen und einer Neuordnung des deutschen Kreditwesens unter Führung grandioser Geschäftsbanken störend im Wege stehen. Das alles ist noch gar nicht lange her.

Alle Macht den Finanzinvestoren?

Zur gleichen Zeit wurde das Hohe Lied des Spiels der Freien Kräfte gesungen. Wohnungsbestände sollten sogar noch mit Hilfe von Steuervergünstigungen zum Spielball der Spekulation gemacht werden, weil dies internationale Finanzinvestoren anziehen und den Finanzplatz Deutschland attraktiver machen könne. Außerdem wüssten ausländische Finanzinvestoren viel besser Bescheid, welches „Aufwertungspotenzial“ in bundesdeutschen Immobilienbeständen schlummere. Auf

Deutsch: Sie würden endlich überfällige Mietpreisexplosionen veranlassen! So haben Wirtschaftsredakteure und Interessensverbände gesprochen und um ein Haar hätten sie die große Koalition damit um den Finger gewickelt. Beim Hearing der großen Koalition war außer dem Deutschen Städtetag nur der Deutsche Mieterbund dagegen, die deutschen Wohnungsbestände den internationalen „Real Estate Investment Trusts“ (REITs) auszuliefern. Gemeinsam haben wir uns gegen das Postulat „Alle Macht den Finanzmärkten“ durchgesetzt. Ich denke, dass wir stolz darauf sein können.

Aber meistens bekamen die Deregulierer Recht, die Entfesselungskünstler, die Privatisierer.

Nach dem Irrweg: Das Ganze zurück!

Heute hingegen darf die Privatisierung ebenso wie die Entfesselung der Finanzmärkte als ein gescheitertes Patentrezept gesehen werden. Das heißt ja nicht, dass sie immer falsch gewesen sei. In der Telefonie genießen wir alle die Vorzüge der Wettbewerbswirtschaft und in manchen Fällen mag sich eine Kommune erst durch den Verkauf von Vermögenswerten wieder in die Lage versetzt haben, bedeutsamste Aufgaben überhaupt wieder wahrnehmen zu können. Aber erschreckend oft war die Privatisierung ein Schuss in den Ofen und auf jeden Fall kein Patentrezept, sondern eine höchst zweischneidige Angelegenheit. Deshalb haben wir Anfang dieses Monats mit Vergnügen gehört, dass jetzt ein ganz anderes Programm angesagt ist: Die Rekommunalisierung, eine Aufbruchsstimmung und neue Gründerzeit in der Kommunalwirtschaft! In Kiel hat der Stadtrat beschlossen, wieder 100 Prozent der vor einigen Jahren privatisierten Verkehrsbetriebe zu erwerben. Hamburg, das mit dem Verkauf der HEW Schlagzeilen machte, prüft die Gründung eines neuen Stadtwerks „Hamburg Energie“. Unsere Gastgeberstadt Bochum hat gemeinsam mit Dortmund den großen Privatkonzern „Gelsen Wasser“ zurückgekauft. Bremen will die Mehrheit der einst eigenen Stadtwerke vom holländischen Versorger zurückkaufen. Am Bodensee haben 7 kleine Kommunen das Strom- und Gasnetz übernommen, um es in eigener Regie zu betreiben. In Sachsen, wo der Verkauf kompletter Wohnungsbestände als Wundermittel gegen die Finanznot gepriesen und praktiziert wurde, diskutieren mittlerweile mehrere Parteien über das Programmziel „Rekommunalisierung“.

„Stadtwerke als Zukunftsgarant“

Als „Betonkopf“, der starke Stadtwerke immer schon für einen Vorzug und nicht für einen Anachronismus gehalten hat, darf ich mitteilen, dass die Münchner Stadtwerke jährlich in Gestalt von hundert Millionen Euro Gewinn, 90 Millionen Euro Konzessionsabgabe und 60 Millionen Euro

Gewerbesteuer insgesamt eine Viertelmilliarde an die Stadtkasse abführen und zusätzlich in den nächsten drei Jahren drei Milliarden Euro in Erneuerbare Energien, öffentlichen Nahverkehr und schnelle Glasfasernetze investieren werden. Solche Beiträge möchte ich sowohl aus ökonomischen als auch aus ökologischen Gründen nicht missen. Und ich weiß, dass viele Stadtwerke im Lande – gemessen an der Größe ihrer Städte – vergleichbare Beiträge leisten. Gerade in Krisenzeiten sind solche kommunalen Unternehmen die beste Zukunftsvorsorge!

Vorsicht vor falschem Rat!

Nicht wir waren auf dem falschen Dampfer, sondern jene Professoren, Parlamentarier und Redakteure, die sich selbst zum Sprachrohr privater Gewinninteressen machten. Unser Ehrenmitglied Dick Deimer aus Landshut hat gerne das Wort zitiert: „Wo alle das selbe denken, wird nicht viel gedacht.“ Ich denke, dass dies in besonderer Weise für die Wirtschaftswissenschaften gilt, die mit beklemmender geistiger Eintönigkeit alle Fehlentwicklungen angepriesen haben, die zur größten Wirtschaftskrise der letzten Jahrzehnte führten. Man stelle sich einmal vor, ein Brückenbau oder eine Dreifachturnhalle stürze krachend zusammen, nachdem alle Statikprofessoren des In- und Auslands die außerordentliche Stabilität des Bauwerks bestätigt haben – da würden wir dann doch auch an der ganzen Statiklehre zweifeln. Warum eigentlich nicht ebenso an den Wirtschafts- und Finanzwissenschaftlern, die samt und sonders die Zurückdrängung des Staates und die Privatisierung des öffentlichen Sektors und die Entfesselung der Marktkräfte und die Freiheit der Finanzmärkte und die Ausrichtung aller Unternehmen am kurzfristig ermittelten Share-Holder-Value gepredigt haben und jetzt vor dem Scherbenhaufen ihrer Heilslehren stehen? Aber nein, die Herren predigen weiter in Hörsälen und Talk-Shows und auf Stiftungsseminaren, als ob nichts gewesen wäre und als ob ihre gescheiterten Patentrezepte der vergangenen Jahre ihre Urteilskraft beweisen würden. Allenfalls flechten sie neuerdings gelegentlich sozial klingende Nebensätze ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe Ihnen einen wirklich guten Rat: Fragen Sie jeden Professor oder Unternehmensberater, der Ihnen seine Dienste aufdrängen will, damit Sie Ihre Stadtverwaltung oder Ihre städtischen Betriebe oder Ihre Finanzpolitik umkrepeln, was er **vor der Krise** zur Analyse der Risiken beigetragen habe. Danach erst sollten Sie beurteilen, ob Sie wirklich seinen Rat für teures Geld einkaufen wollen.

Finger weg von den Sparkassen!

Die Krise, die Millionen Menschen bedrückt und einschränkt, hatte ihren Ursprung im Finanzwesen. Zunächst bei den Subprime-Papieren des amerikanischen Immobilienmarktes. Innovative Finanzprodukte versprachen traumhafte Profite. Groteskerweise haben viele Versicherungen, Banken und weitere Großunternehmen unter Absingen schmutziger Lieder gegen deutschen Mieterschutz und niedrige Renditen ihre Wohnungsbestände hierzulande verkauft, um den Erlös unter dem Beifall ihrer Aktionäre in „lukrativere“ US-Immobilien zu investieren. Nach ihrer Total-Pleite rufen sie nach staatlichen Schutzschirmen.

Es hat viele mit in den Abgrund gerissen, staatliche Landesbanken genauso wie private Geschäftsbanken. Aber es muss schon erlaubt sein, ganz unbescheiden darauf hinzuweisen, dass viele Sparkassen im Jahr 2008 eines der besten Geschäftsjahre ihrer über hundertjährigen Geschichte feiern konnten, weil sich ihre höchst zurückhaltende, vorsichtige, konservative Anlagepolitik mit voller Konzentration auf die eigene Region bestens bewährt hat. Unser Münchner Vorstandsvorsitzender hat das Erfolgsgeheimnis mit folgenden schlichten Worten beschrieben: „Wir kaufen nur Papiere, die wir auch verstehen.“ Das war's, das Geschäftsgeheimnis. Es ermöglichte einen Allzeitrekord im Jahr des Bankenkollaps. Das wissen die Bürgerinnen und Bürger zu schätzen. Die Einlagen bei Sparkassen sind in der Krise sprunghaft gestiegen. Ein Vertrauensbeweis in Zeiten, in denen man kaum noch weiß, wem man vertrauen soll. Deshalb muss es eine zentrale Aussage aller kommunalen Verbände sein: Hände weg vom bewährten und unverzichtbaren Sparkassenwesen!

Uns reicht eine einzige Landesbank!

Diese Aussage richtete sich in meiner Antrittsrede vor vier Jahren noch gegen private Geschäftsbanken, die mit Hilfe europäischer Institutionen den Versuch unternahmen, sich Teile des öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesens unter den Nagel zu reißen, um so eine lästige Konkurrenz mit dichtem Filialnetz loszuwerden und vom großen Vertrauen ins Sparkassenwesen profitieren zu können. Diese Angriffe konnten abgewehrt werden, auch dank des Engagements der Bundesregierung, wofür ich mich namentlich bei der Bundeskanzlerin und dem Bundesminister der Finanzen bedanken möchte. Aber heute lauern andere Gefahren. Die Landesbanken, die seit dem Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung kein funktionierendes Geschäftsmodell mehr haben, streben in ihrem freien Fall die vertikale Fusionierung an, also die Fusion mit den Sparkassen des eigenen Einzugsbereichs, um auf deren Vermögenspolstern weich landen zu können. Wir haben die Lage und unsere Interessen im Präsidium oft und gründlich erörtert, auch

zusammen mit dem Sparkassen- und Giroverband. Wir kamen zu dem Ergebnis, dass jedenfalls seitens der Sparkassen allenfalls eine Bank benötigt wird, die bei Großfinanzierungen mitwirkt und bei Auslandsgeschäften begleitet. Für ein Nebeneinander mehrerer Landesbanken, die zwar kein funktionstüchtiges Geschäftsmodell haben, aber dafür nebeneinander beeindruckende Außenstellen in New York und Shanghai, fehlt hingegen jedes Bedürfnis und auch jedes Verständnis!.

Genauso macht es keinen Sinn, wenn die Landesbanken als Teil der S-Finanzgruppe auf der verzweifelten Suche nach neuen Geschäftsideen den Sparkassen Konkurrenz machen und versuchen, diesen Miteigentümern das Wasser abzugraben und Kundschaft abzujagen. Dagegen müssen wir uns verwahren!

Das muss ein Schwerpunkt-Thema sein!

Gerade jetzt, wo die Krise der Landesbanken das bewährte und intakte System der Sparkassen in Mitleidenschaft ziehen, ja sogar existenziell gefährden könnte, ist es notwendiger denn je, die kommunalen Interessen und die Interessen der Sparkassen-Kundschaft, also des allergrößten Teils unserer Bürgerschaft, offensiv zu vertreten. Wenn wir der Meinung sind, dass die Sparkassen mit ihrer Verankerung in der Region, mit ihrem dichten Filialnetz auch in der Fläche, mit ihrem Konto für jedermann und jede Frau, mit ihrer gezielten Förderung von Mittelstand, Handwerk und Existenzgründern, mit ihrer bewährten konservativen Anlagepolitik und ihrer bedeutenden Rolle als Kunstmäzen und Sponsor bei schulischen, sozialen und sportlichen Projekten ein bedeutender Standortvorteil für Deutschland ist, dann müssen wir die Sparkassen-Politik auch in den Mittelpunkt der Arbeit und Diskussion des gesamten Städtetags rücken. Darüberhinaus sollten sich die kommunalen Spitzenverbände als Zusammenschluss der öffentlich-rechtlichen Eigentümer der Sparkassen zusammentun und ihre Forderungen gemeinsam artikulieren, damit nicht nur Interessen der Landespolitik zum Zuge kommen. Leider ist dies in den vergangenen Monaten an Terminfragen gescheitert, das darf sich nicht wiederholen. Zur Not müsste der Städtetag alle kommunalen Träger direkt einladen, denen daran gelegen ist, die kommunalen Interessen kraftvoll zu vertreten.

Es wäre doch unerträglich, wenn nach der Krise ausgerechnet jene Institute in Gefahr gerieten, die der Krise am besten widerstanden und seitdem erhöhtes Vertrauen genießen!

Die Gewerbesteuer ist tabu!

Ebenso unerträglich wäre es, wenn es den lauthals auftrumpfenden Wirtschaftsverbänden gelänge, aus der jedenfalls nicht von den Kommunen ausgelösten Krise auch noch Honig zu saugen und auf ein Neues die Gewerbesteuer unter Beschuss zu nehmen.

Halten wir fest:

- Die Gewerbesteuer hat keinerlei Anteil an der Auslösung der Krise, die jetzt unbestreitbar die Unternehmen erfasst hat und finanzielle Sorgen bereitet!
- Ganz im Gegenteil folgte der Stabilisierung und den erweiterten Bemessungsgrundlagen der Gewerbesteuer vor genau zwei Jahren eine Hochkonjunktur, die uns lange Zeit als Vorbild vor Augen stehen wird!
- Und nur der stabilisierten Gewerbesteuer ist zu verdanken, dass viele Kommunen im letzten Jahr Schulden zurückführen konnten und damit jetzt wieder Spielräume für eine antizyklische Finanzpolitik haben.
- Nachdem gerade die Debatte ums Konjunkturprogramm deutlich gemacht hat, wie unverzichtbar und bedeutsam kommunale Investitionen für flächendeckende konjunkturelle Impulse sind, sollte niemand propagieren, den Kommunen den Finanzhahn zuzudrehen! Schon der Versuch ist strafbar!

Ich bin zuversichtlich, dass wir trotz der Popularität von Steuergeschenken in Wahljahren diese Position genauso einvernehmlich vertreten, wie wir die Verteidigung und Stärkung der Gewerbesteuer gemeinsam durchgesetzt haben.

Investitionen gegen die Krise

Die kommunale Antwort auf die Krise kann nicht darin bestehen, dass wir den Einbruch der Export-Nachfrage auch noch verschärfen durch einen Kollaps der kommunalen Investitionen! Wir müssen im Gegenteil mit kraftvollen Investitionen gleichzeitig für eine Ankurbelung der Konjunktur und eine bessere Infrastruktur für die Zukunft sorgen. Das ist ja auch vom Bund und von den Ländern anerkannt worden. Da verbietet es sich, unsere Finanzkraft im selben Atemzug, nur auf einer anderen Baustelle zu schwächen! Zumal kommunale Investitionen in die Kinderbetreuung und die Bildung, in Umweltschutz und Ressourcenschonung auch auf lange Sicht Sinn machen, was bei steuerfinanzierten Milliardenprämien zur Beschleunigung privater Konsumentscheidungen nicht in gleicher Weise feststeht.

Oder anders gesagt: Ohne starke Städte führt kein Weg aus der Krise!

Das Konjunkturpaket II

Wie die Bundesregierung vom Beginn der Krise an im Sinne dieser Erkenntnis die Kommunen einbezogen hat, war höchst erfreulich. Die Minister Steinmeier und Steinbrück hatten die Kommunalen Spitzenverbände zu Rate gezogen, mit Minister de Maiziere wurden im Kanzleramt die letzten Details geklärt. Uns war wichtig

- dass auch strukturschwache Kommunen zum Zuge kommen und nicht wie so oft zuvor leer ausgehen, was äußerst geringe kommunale Finanzierungsbeiträge erforderlich machte;
- dass das Programm breit angelegt wird, so dass keine Gruppe von Kommunen faktisch ausgeschlossen wird;
- dass keine bürokratischen Hürden errichtet werden und die Projekte schnell starten können.

Diese Ziele wurden unterschiedlich gut, aber doch weitgehend erreicht. Am praktikabelsten erschien uns die Weiterreichung der Mittel hier in NRW, andere Länder mit komplizierten Verteilungskriterien werden noch viel Spaß haben mit all jenen, die glauben, zu kurz gekommen zu sein. Wie auch immer: Das Programm läuft.

Nur eines sollte nicht aufkommen: Die Illusion, jetzt könnten Bürgermeister aus dem Vollen schöpfen und wie im Schlaraffenland alle Wünsche gleichzeitig erfüllen. In München hat sich der Investitionshaushalt der nächsten Jahre durch das Paket nicht einmal um 3 Prozent erhöht, manche gingen ganz leer aus, bei anderen gab es wirklich einen beachtlichen „Schluck aus der Pulle“. Aber nirgendwo herrscht Überfluss, nur weil jetzt endlich das Schulgebäude energetisch saniert werden kann!

130.000 vor dem Brandenburger Tor

Dass wir schon vor dem Ausbruch der Krise mit Mangel und Not zu kämpfen hatten, machte in eindrucksvoller Weise die Demonstration im vergangenen Jahr vor dem Brandenburger Tor deutlich: 130.000 Menschen – Ärzte, Schwestern, Verwaltungsangestellte und Reinigungskräfte – demonstrierten gemeinsam mit ihren Gewerkschaften und dem Städtetag gegen die Finanznot der Kliniken, die bei limitierten Budgets beim besten Willen nicht in der Lage sind, Kostensteigerungen aufzufangen. Als wir alle gemeinsam auf die Finanznot der Häuser und die Überlastung der

Ärzeschaft und des Pflegepersonals hinwiesen, lautete die Antwort, es sei leider kein Geld da. Da reibt man sich schon selber die Augen, wenn kurze Zeit später Milliardenbeträge in zweistelliger, ja dreistelliger Höhe „gefunden“ werden. Für die kranken Banken. Dabei wären wir schon mit zwei Milliarden mehr für alle Krankenhäuser dieses Landes sehr zufrieden gewesen.

Vor Zeiten der Dürre

Gelegentlich ist die seltsame Einschätzung anzutreffen, Wirtschaftskrisen würden sich neuerdings dadurch auszeichnen, dass man mit Milliarden um sich werfen kann, von deren Existenz man vorher nicht einmal eine Ahnung hatte. Immer mehr Interessensgruppen werden in den Rathäusern vorstellig nach dem Motto: Wenn Milliarden für die Banken da sind, muss auch für uns etwas in dieser Größenordnung herauspringen. Dieser Wunsch ist verständlich, aber nicht finanzierbar. Das dicke Ende kommt bestimmt. Wir sollten deshalb den Zahlenrausch der Milliarden möglichst bald beenden und auch der Öffentlichkeit klar machen, wie langwierig und schmerzhaft es wird, die Programme von heute nachträglich zu finanzieren.

Wenn der Zusammenhang von Finanzkrise und langjähriger Schuldenlast verdrängt wird, könnte es durchaus geschehen, dass die selben, die uns die Krise eingebrockt haben, eines Tages die Schuldenlast der öffentlichen Haushalte zum Anlass nehmen, um erneut zu tönen: „Wir können uns diesen Staat, diese Kommunen, diese sozialen Sicherungssysteme nicht mehr leisten – wir brauchen weniger Staat, weniger Stadt, weniger soziale Leistungen.“

Das hieße, aus der Krise genau die falschen Lehren zu ziehen, erwiesene Irrwege nochmals zu beschreiten. Deshalb sollten wir rechtzeitig, also sofort, der maßlosen Überforderung öffentlicher Haushalte entgentreten -und auch selber im Chor der Interessensgruppen keine unrealistischen Forderungen nach weiteren Konjunkturmilliarden an Bund und Länder richten. Im Zweifel heißt es ja doch: „Rechnung zahlt Empfänger!“

Der Jobcenter-Skandal

Meine nächsten Aussagen werden Bundes- und Landespolitiker nicht so gerne hören. Was die hohe Politik in den letzten Monaten zum Thema Jobcenter ablieferte, kann nur noch als Arbeitsverweigerung, als rücksichtslose Parteipolitik, als Totalversagen im Angesicht der Krise bezeichnet werden. Es geht um über 6 Millionen Leistungsempfänger, Tendenz steigend. Es geht um über 60.000 Beschäftigte, die zunehmend verunsichert, ja verbittert sind, weil sie heute noch

nicht wissen, wer ihr künftiger Dienstherr sein wird, wo und mit wem sie zusammenarbeiten sollen, wie die Software ab 1. Januar 2011 beschaffen sein wird. Ein untragbarer Zustand.

Seit Dezember 2007 wissen wir, dass die Stellen, die Arbeitslosengeld II und Grundsicherung gewähren, eine neue Rechtsgrundlage brauchen, weil das Bundesverfassungsgericht die Mischverwaltung in den „Arbeitsgemeinschaften“ von Agentur und Kommunen ablehnt.

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz hat zunächst eine einfachgesetzliche Regelung der Zusammenarbeit unter einem Dach vorgeschlagen. Unser Präsidium hat – durchaus schweren Herzens, weil wir lieber Leistungen „aus einer Hand“ als nur „unter einem Dach“ gesehen hätten – bei der Sitzung in Würzburg im Grundsatz zugestimmt. Hauptsache, man einigt sich rechtzeitig. Doch die Länder haben sich quergelegt, wollten das Grundgesetz ändern. Tatsächlich konnte sich der Bundesarbeitsminister mit den Sprechern beider Gruppen in der Runde der Ministerpräsidenten auf eine Verfassungsänderung verständigen. Wieder war unser Votum positiv, diesmal in Aachen. Hauptsache, man einigt sich rechtzeitig. Doch jetzt sagte die Unionsfraktion Nein. Eine Änderung der Verfassung als Reaktion auf ein Karlsruher Urteil lasse Respekt vor dem Gericht vermissen und komme überhaupt nicht in Betracht. Jetzt haben wir Mai 2009 – und wissen, dass bis zur Bundestagswahl im September nichts vorangehen wird. Und dann wird die Einigkeit von Bundestag und 16 Ländern auch nicht vom Himmel fallen.

Im Interesse einer überparteilichen Amtsführung, die ich vor 4 Jahren in Berlin versprochen hatte, habe ich mich bei der Kommentierung dieses elendiglichen Vorgangs extrem zurückgehalten. Aber jetzt möchte ich doch nicht hinter meinem bayerischen Vorsitzenden-Kollegen Hans Schaidinger zurückstehen, dem CSU-Oberbürgermeister von Regensburg, der letzte Woche wörtlich erklärte: „Es ist trostlos, wie die Kanzlerin hinnimmt, dass sich die Unionsfraktion nicht mit den Ministerpräsidenten einigt. Wir stehen vor einem Scherbenhaufen, das ist eine Bankrotterklärung.“

Ich stimme dem ausdrücklich zu! Die Bundeskanzlerin, die ja im Kabinett konstruktive Lösungsvorschläge mitgetragen hat und unseren Positionen Verständnis entgegenbrachte, wartet heute Nachmittag hoffentlich mit positiven Mitteilungen auf. Wir sollten überparteilich, sachorientiert und konsensbereit wie in der Vergangenheit gemeinsam darauf drängen, dass die Organisation und Arbeitsfähigkeit der Jobcenter nicht ausgerechnet in Zeiten sprunghaft steigender Arbeitslosigkeit und extremer Anforderungen an die Wand gefahren wird!

Das wäre eine beschämende Antwort auf die Krise.

Schwierige Zusammenarbeit

Die Arbeitsmarktpolitik ist ein drastisches, aber beileibe nicht das einzige Beispiel, wie schwierig sich die Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen gestalten kann. Wir wollten dieses Thema hier in Bochum vertiefen.

Die Entwicklung der letzten Jahre war kurios genug. Erst wurde bei der Föderalismusreform I gegen unseren Rat das Grundgesetz dahingehend geändert, dass der Bund den Kommunen keine Mittel zukommen lassen darf. Das geschah auf Betreiben von Länderchefs, die sich solche Einmischung verboten haben.

Mit meinem Hang zur Überspitzung kann man sagen, dass wir seither von der Bundesregierung nur noch eingeladen wurden, um gemeinsam zu grübeln, wie man dieses Verfassungsrecht umgehen könnte:

- Mit Familienministerin Ursula von der Leyen diskutierten wir, wie der Bund die Kinderbetreuung der Kommunen bezuschussen könnte.
- Mit Arbeitsminister Franz Müntefering und Bauminister Wolfgang Tiefensee erörterten wir, wie Bundesgelder ohne Umweg in die energetische Sanierung kommunaler Gebäude fließen könnten.
- Diese Frage wurde im Gespräch mit Vizekanzler Frank Walter Steinmeier und Finanzminister Peer Steinbrück nochmals aktuell, als das Konjunkturprogramm II geschürt wurde.

Jetzt bekamen wir im Zuge der Föderalismusreform II wenigstens für Krisenzeiten eine kleine Grundgesetzreparatur: Die Mittel dürfen flexibler als zunächst vorgesehen für unterschiedliche Projekte eingesetzt werden. Trotzdem: Von einer effizienten Zusammenarbeit ohne störende Filter und bürokratische Hemmnisse sind wir noch weit entfernt. Dabei ist das Zusammenwirken der verschiedenen Ebenen in Krisenzeiten wichtiger denn je. Hoffentlich gibt dieser Städtetag dafür wichtige Impulse.

Rechtsanspruch auf Beteiligung

Unsere zentrale Forderung ist bei der Föderalismus-Reform II wieder mal unter den Tisch gefallen: Wir wollen bei der Beratung der Gesetze, die wir auch vollziehen müssen, zugezogen werden, und zwar nicht Gnaden halber, sondern von Rechts wegen! Es ist zu spät, wenn wir erst nachträglich feststellen dürfen, wie weltfremd manche Regelung aus der Sicht der Praktiker ausgefallen ist!

Ich gebe ja zu, dass sich manches verbessert hat:

- Die Steuerfragen wurden vom Finanzminister mit uns beraten,
- die Familienministerin hat uns zum Krippengipfel eingeladen;
- der Innenminister pflegt den Dialog mit den Kommunalen Spitzenverbänden.
- In der Föderalismus-Reformkommission II hatten wir zwar keinen Erfolg, aber immerhin Sitz und Stimme.
- Beim Konjunkturprogramm II konnten wir von Anfang an mitwirken:
- die Kanzlerin hat uns zum Integrationsgipfel ebenso wie zur Vorbesprechung der EU-Ratspräsidentschaft eingeladen.

Merci vielmals! Aber dann zeigt ein Vorgang wie die Jobcenter-Reform, dass man uns genauso den Stuhl vor die Tür setzen kann, wenn man aus gutem Grund lieber nicht mit den Anforderungen der Praxis konfrontiert werden will. Das geht doch nicht!

Wie ernst man seitens der „hohen“ Politik die Städte und ihre Einwohner nimmt, erkennt man nicht daran, wie freundlich die Grußworte sind, sondern daran, welche Rechte – wohlgemerkt: verbrieftete Rechte – man uns gibt!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!